

Selbstverständnis der PsgD

Unsere bisherige Staatsform, die "demokratisch organisierte, soziale Marktwirtschaft", wandelt sich mehr und mehr in eine Ellenbogen-Gesellschaft mit zunehmend autoritärer Staatsgewalt, einhergehend mit massivem Demokratieabbau. Belege dafür gibt es zu Hauf:

Die Sozial- und Verwaltungsgerichte kommen der Klageflut nicht mehr hinterher; der Gesetzgeber reagiert mit einer Einschränkung der Widerspruchs- und Klagemöglichkeiten.

Versuchen die Menschen im Land ihrem Unmut "Luft zu machen", werden die Streik- und Demonstrationsrechte eingeschränkt. Diese Einschränkungen müssen mit massiven Polizeieinsatz durchgesetzt werden. Da die Staatsgewalt der Polizei offenbar nicht mehr ausreicht, denkt die Politik offen über einen Militäreinsatz im Inneren nach.

Gewerkschaften und etablierten Parteien laufen die Mitglieder in Scharen davon. Anstelle zu begreifen, daß die Menschen im Land mit der Politik nicht mehr einverstanden sind und deshalb den politischen Organisationen den Rücken zuwenden, bedienen sich die Parteien aus der Steuertasche, um mehr Geld für die "Vermittlung" ihrer politischen Ziele zur Verfügung zu haben. Ziele, die die Menschen nicht mehr mittragen!

Beschränkt man den Begriff "Neoliberalismus" nicht nur auf Wirtschaftspolitik, komme ich zu folgender Definition: *"Jede Politik ist neoliberal, die eine gesellschaftliche oder wirtschaftliche "Ellenbogen-Mentalität" zuläßt oder sogar fördert."*

Wenn es dem heutigen Staat möglich ist, gegen den breiten Willen der Menschen zu agieren, durch die Hintertüre unnötigen Arbeitszwang auszulösen, Polizei und Militär gegen "mündige und aufgeklärte Menschen" einzusetzen, Steuergelder zu mißbrauchen und vieles mehr, so kann diese Demokratie nicht "sozial gerecht" sein.

Vor vielen Jahren gab es eine Politik mit folgender Zielsetzung: "Beide (Staat und Bürger) verpflichteten sich zu gegenseitiger Treue: Der Lehnsherr zu Schutz und Schirm; der Lehnsempfänger zu Rat und Hilfe. Weiterhin waren Lehnsherr und Vasall einander zu gegenseitiger Achtung verpflichtet".(Quelle: Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Feudal>)

Begreifen wir den Staat endlich als "Gemeinschaft seiner Bürger" und den Vasallen als "mündigen, aufgeklärten Menschen" und verpflichten beide, also die "Gemeinschaft der mündigen, aufgeklärten Bürger" und den "einzelnen, mündigen und aufgeklärten Menschen" zu gegenseitiger Hilfe, zu gegenseitigem Schutz und zu gegenseitiger Achtung, so entsteht ein "wohlwollender, gönnerhafter Staat". Ein jovialer Staat!

Damit sich der Staat jedoch als "Gemeinschaft seiner Bürger" verstehen kann, reicht die heute praktizierte Demokratie nicht aus. Wir benötigen neue politische Formen und Strukturen:

Eine "sozial gerechte Demokratie"!

